



SOZIAL. ENTSCLOSSEN. ZUVERLÄSSIG

Außerordentliche Bundesfraktionskonferenz

12. September 2013, ÖGB-Haus Catamaran

Arbeits- und Förderungsprogramm

eingbracht durch das Bundespräsidium der FSG in der GBH

Die FSG/Bau-Holz versteht sich als konstruktive und mitgestaltende Kraft in der österreichischen Politik. Regierungen werden von uns daran gemessen, was sie bereit sind, für ArbeitnehmerInnen zu tun. Dieses Programm gilt sowohl uns selbst als Auftrag als auch als politisches Statement in Richtung der Bundesregierung und der Landesregierungen.

Bildung

In der Bildungspolitik muss Chancengleichheit für alle im Vordergrund stehen. Eine vernünftige Integrationspolitik, die sich auch in den Klassenzusammensetzungen widerspiegelt, ist genauso notwendig, wie der Abbau von Bildungsbarrieren. Eltern mit Lehrabschluss schicken ihre Kinder in eine Lehre, Kinder von Akademikern hingegen gehen in ein Gymnasium -unabhängig von den tatsächlichen Fähigkeiten der Kinder.

Ganztageschulen in Form von Gesamtschulen für alle 6- bis 14jährigen – etwa nach finnischem Vorbild - sind ebenso auszubauen, wie die vorschulische Bildung in den Kindergärten. Die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit muss eines der dringendsten Bemühen der Politik sein. Der Jugend muss eine Perspektive und eine gute und sichere Zukunft vermittelt werden. Die Botschaft muss daher lauten: „Wer in Österreich ausgebildet wird, hat gute Chancen auf einen Arbeitsplatz und ein faires Einkommen“.

Gleiche Bildungschancen für alle!

Soziales und Gesundheit

Im Sozial- und Gesundheitsbereich muss die Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund stehen. Verhältnisprävention fängt eben bei den Lebensverhältnissen an. PensionistInnen mit Ausgleichszulage sterben um ca. 10 Jahre früher als jene mit Höchstpensionen. Gesundheit und Wohlbefinden hat mit den Lebensbedingungen zu tun. Diese sind für jene zu verbessern, die das nicht aus eigenen Kräften schaffen können. Auch die gestiegene Lebenserwartung (rund 5 Jahre in den letzten 20 Jahren) kann da nicht darüber hinweg täuschen. Denn während Wohlhabende eine um 8 Jahre längere Lebenserwartung haben, stieg die von armen Menschen nur um 2 Jahre. Bei der Lebenserwartung in gesunden Jahren hinkt Österreich um 8 Jahre (etwa im Vergleich zu Schweden) hinterher.

Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung ist zu verbessern. Nur wer weiß, was krank macht oder gesund erhält, kann aktiv gegensteuern. Dazu sind auch eine verbesserte Lebensmittelkennzeichnung und ein Verbot von krank machenden Produkten (z.B. Transfetten) und Lebensmittelbestandteilen nötig. Der Bundesgesetzgeber hat entscheidenden Einfluss darauf zu nehmen, welche Lebensmittel in Kindergärten und Schulen angeboten werden dürfen, und vor allem, welche nicht.

Transferleistungen für Familien sind zu verbessern und sozial zu staffeln. Pensionen für Kranke und Schwerarbeiter sind anzupassen und damit fairer zu gestalten. Zum besseren sozialen Ausgleich muss die Höchstbemessungsgrundlage in der Krankenversicherung um 50% erhöht werden (von derzeit 4.440 auf 6.660 Euro).

Der Pflegebereich wird immer mehr zu einer wesentlichen sozialen Frage. Einerseits können wir uns teure Pflege, die in die Akutspitäler verlagert wird nicht mehr leisten, andererseits herrscht jedoch in der Heim- und Hauskrankenpflege nach wie vor akuter Notstand. Dazu haben wir es in Österreich in der Pflege mit einem extrem prekären und instabilen Arbeitsmarkt zu tun.

Sozialer Ausgleich und gleicher Zugang zur Gesundheit hat Vorrang!

Wirtschaft und Steuern

Österreich hebt lediglich 0,6 % des BIP an Vermögenssteuern ein, Großbritannien hingegen 4,5 %. Der EU-Durchschnitt liegt bei 2,1 %. Die Steuerlast in Österreich wird zu einem ungerecht großen Anteil von den Lohn- und Gehaltsbeziehern getragen. Gleichzeitig sinkt die Lohnquote ständig (von rund 70 % 2009 auf rund 67 % 2013). Staatsschulden von rund 206,1 Mrd. Euro stehen in Österreich 999,2 Mrd. Euro an Nettovermögen gegenüber. Drei Viertel dieses Vermögens gehören den reichsten 20 % der Österreicher.

Österreich gehört überdies zu den Top 12 der weltweiten Steueroasen. Legen wir diese daher umgehend trocken und treten wir vehement für eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Steuerpolitik ein! Nur so kann der Steuerwettbewerb der EU-Länder beendet werden. Die Abschaffung des Bankgeheimnisses bedroht keinen einzigen Arbeitnehmer und auch nicht das sprichwörtliche „Sparbuch der Oma“, sondern nur Steuerflüchtlinge.

Einkommen in allen Unternehmen, in denen der Staat Anteile hält, und in jenen, die durch öffentliche Gelder unterstützt werden, müssen beschränkt werden. Manager, die mehr verdienen als sie jemals ausgeben können, gehen mit ihren „Überschüssen“ auf den Kapitalmarkt und verursachen immer wieder neue „Blasen“ und somit à la longue wieder Wirtschaftskrisen.

Auch Banken, die das Geld der Anleger verspielt haben, müssen in Insolvenz gehen können; „to big to fail“ darf es nicht geben. Sie müssen nach dem Vorbild des Insolvenzentgeltausgleichsfonds Zahlungen für die Einlagensicherung bis 100.000 Euro leisten. Es bedarf weiterer Maßnahmen und strengerer Sanktionen gegen Sozialbetrüger. Firmen, die sich nicht an die in Österreich gültigen Regeln halten, müssen hart bestraft werden. Die Kontrollmechanismen und Institutionen müssen weiter ausgebaut werden.

Dazu muss es Änderungen in den Vergaberichtlinien geben: Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen muss bei öffentlichen Vergaben, Ausschreibungs- und Förderrichtlinien im Vordergrund stehen. Regionale Vergaben müssen forciert werden.

Steuergerechtigkeit hat auch mit dem Bedürfnis nach leistbarem Wohnen zu tun. Nur wenn das Grundbedürfnis nach leistbarem Wohnen weiterhin gefördert wird, haben Menschen leistbare und akzeptable Wohnverhältnisse. Derzeit brauchen wir in Österreich jährlich rund 10.000 zusätzliche Mietwohnungen. Um diese zu finanzieren, bedarf es rund 1,3 Mrd. Euro zusätzlicher Wohnbaumittel, die durch die Zweckwidmung der Wohnbauförderung einerseits und durch zusätzliche Finanzierungsquellen (Pensionskassen, Mittel der Europäischen Investitionsbank und andere Quellen) andererseits aufzubringen sind. Pro Milliarde Investition in

den Wohnbau entstehen rund 17.000 neue Arbeitsplätze– und diese Investitionen bringen auch deutliche Mehreinnahmen für den Staat!

Gerechte Steuern und eine Wirtschaft, die zur Sicherung von Grundbedürfnissen ALLEN nützt!

Interessen der ArbeitnehmerInnen

Im Zentrum der Politik müssen die ArbeitnehmerInnen stehen. Sie sind es, die den Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft am Laufen halten. Es hat wenig Sinn, mit dem sogenannten Bauchladen herumzulaufen und zu versuchen, es allen recht zu machen.

Dabei muss es gelingen, die Ängste und Befürchtungen der ArbeitnehmerInnen mit mittlerem bis geringem Einkommen anzusprechen. Eine vernünftig betriebene Integrationspolitik, die bei der Zuwanderung beginnt und über die Wohnbaupolitik, die Kindergärten und Schulen bis hin zur räumlichen Entwicklung reicht, kann hier wertvolle Dienste leisten.

Menschen, die ständig das Gefühl haben in der Gesellschaft zu kurz zu kommen und die Verlierer zu sein, lassen sich durch einfache Parolen und Hetzkampagnen leicht beeinflussen. Auch hier ist mit Verhältnisprävention sehr viel zu erreichen.

Junge Familien müssen das Gefühl haben, dass sie den Herausforderungen von Arbeitswelt und Familie gewachsen sind. Dabei sind sie zu unterstützen.

Eine spürbare Steuerentlastung muss kommen aber nicht, um die Betriebe zu entlasten, sondern die Einkommensbezieher. Die Menschen müssen sich wieder mehr leisten können, das hilft der Wirtschaft gleichermaßen und fördert das Empfinden, in einer gerechten Gesellschaft zu leben.

Im Zentrum der Politik müssen die ArbeitnehmerInnen stehen!

Umwelt und Lebensqualität:

Wenn wir und vor allem unsere Kinder weiterhin in einer intakten Umwelt leben wollen, werden wir diese aktiver als bisher schützen müssen. Der Klimawandel ist mittlerweile für jede/n von uns spürbar. Es ist höchst an der Zeit, mit folgenden beherzten Schritten und damit tiefgreifend an das Problem heranzugehen:

- Rascherer Umstieg auf erneuerbare Energieträger (mind. 50 % bis 2020)
- Vollkommene Energieautarkie bis 2050
- Jährliche Sanierungsrate von 3 % aller Gebäude, vor allem auch jener in öffentlichem Besitz und Erhöhung der Förderungssummen
- Ausbau und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrsnetzes
- Sinnvolle und ressourcenschonende Raumordnungspolitik
- Ambitioniertere Verlagerung des LKW-Verkehrs auf die Bahn
- Kostenwahrheit im Gütertransport auf der Straße und höhere Bemannung
- Erhöhung des Neubaus von geförderten Wohnungen auf 40.000 WE pro Jahr



Aktive Politik für unsere Bevölkerung

Alles Handeln muss im Ergebnis auf diese Themen abgestellt werden. Die Menschen erkennen intuitiv sehr gut, wer dieses Land wirklich führt. Viel zu oft entsteht der Eindruck, dass die Regierung nur mehr von den Themen anderer Parteien getrieben wird, ohne sich selbst auf die eigenen Themen zu konzentrieren.

Gerechtigkeit verstehen wir als Machtausgleich zwischen den starken und den schwächeren in der Gesellschaft. Wer zu viel besitzt, hat die Pflicht, einen Teil seines Vermögens für andere abzuliefern; nicht freiwillig und als Gönner gefeiert, sondern als sozialpolitische Verpflichtung, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.